

Schluss mit «Hilfsberuf»: Basler Pflegefachpersonen zeigen dem Nationalrat, was sie können

Bern, 14.10.2013 – Auf der Suche nach Lösungen gegen den Pflegepersonalmangel erwägt das Parlament, die Pflege gesetzlich aufzuwerten. Auf Einladung des Berufsverbands SBK verschaften sich Nationalratsmitglieder ein Bild professioneller Pflege vor Ort. Der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner besuchte das Universitätsspital in der Stadt Basel.

Mehr pflegebedürftige Menschen, aber viel zu wenig Pflegepersonal, das sich um sie kümmern kann: Statistiker warnen unsere alternde Gesellschaft seit einiger Zeit vor einem solchen Zukunftsszenario. Bis 2050 dürfte sich die Zahl der Pflegebedürftigen in der Schweiz nahezu verdoppeln. Viele von ihnen werden hochaltrig sein, mehrfach und chronisch krank. Für Spitäler, Rehakliniken, Heime und Spitexorganisationen ist es bereits heute ein Kraftakt, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Bis 2030 müssen aber Zehntausende Gesundheitsfachkräfte zusätzlich rekrutiert werden. Massnahmen, um die Versorgung zu sichern, sind also gefragt. In den Gesundheits- und Sozialkommissionen von National- und Ständerat wird derzeit über eine parlamentarische Initiative diskutiert, die die Pflege aufwerten und damit den anspruchsvollen Beruf attraktivieren will.

Eingereicht hat den Vorstoss vor zwei Jahren der Berner SVP-Nationalrat Rudolf Joder. Er schlägt vor, die Selbständigkeit der Pflege im Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu verankern: Künftig sollen Pflegefachkräfte einen Teil der Pflegeleistungen eigenverantwortlich erbringen und direkt über die Krankenversicherung abrechnen können. Gemeint sind Leistungen wie die Unterstützung der Patienten bei Körperpflege und Ernährung, die Prävention von Komplikationen wie Wundliegen oder Thrombosen, die Anleitung von Patienten und Angehörigen sowie Koordinations- und Informationsaufgaben. Heute ist für sämtliche pflegerischen Leistungen eine ärztliche Anordnung erforderlich. Ob in der Spitex, im Pflegeheim oder im Spital – Pflege gelte zu Unrecht als Hilfsberuf, findet Joder: «Gut ausgebildete Pflegefachleute sind in der Lage, Verantwortung zu übernehmen und selbständig zu handeln. Sie kennen die Patienten und stehen in Kontakt mit ihnen.»

Das Gesetz der Realität anpassen

Um der Politik Einblick in heutige professionelle Pflege zu geben, lud der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) Parlamentsmitglieder zu einem Schnuppereinsatz ein. Der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner begleitete im Oktober einen Vormittag lang Pflegefachpersonen des Basler Universitätsspitals bei der Arbeit. Das Zentrumsspital beschäftigt insgesamt rund 5000 Mitarbeitende. Die hochqualifizierte Pflege im Universitätsspital basiert auf wissenschaftlicher Erkenntnis und rückt den Patienten ins Zentrum. Nationalrat Frehner war unter anderem bei einer Neuaufnahme und bei einem Gespräch mit zwei Leukämiepatienten dabei. Er zeigt sich beeindruckt: «Pflege ist eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Die Pflegefachpersonen versuchen, den Patienten als Ganzes zu erfassen – nicht nur seine Krankheit, sondern auch sein Umfeld und seine Lebensverhältnisse.»

Der Basler Volksvertreter konnte sich von der Kompetenz der Pflegefachkräfte überzeugen: Erfahrenes Pflegepersonal wisse viel über die Patienten, sei konstanter präsent und könne sich auch stärker auf den einzelnen Patienten einlassen als die Ärzteschaft. Frehner, selber Jurist, findet es grundsätzlich richtig, der Pflege in ihrem Kerngebiet via KVG mehr Verantwortung zu übertragen: «So würden wir das Gesetz der Realität anpassen.» Das gelte besonders auch für die Pflege betagter Menschen. Heute müsse ein Arzt unterschreiben, wenn eine Pflegeheimbewohnerin Stützstrümpfe brauche: «Das ist doch völlig realitätsfremd.» Von der grösseren Eigenverantwortung der Pflege verspricht Nationalrat Frehner sich eine Attraktivierung des Pflegeberufs und eine noch bessere Pflegequalität: «Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.»

Mehr Handlungsspielraum, mehr Pflege-Nachwuchs

Die vorberatenden Kommissionen von National- und Ständerat hiessen den Vorstoss des Berner Nationalrats Joder ohne Gegenstimmen, mit einigen Enthaltungen, gut. Nun arbeitet die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit einen Gesetzestext aus. Ziel ist es, die Aufgaben der Ärzteschaft und der Pflegefachpersonen sachgerecht abzugrenzen. Für Joders Fraktionskollegen Sebastian Frehner ist dies ein entscheidender Punkt: «Es darf keinesfalls zu einer Mengenausweitung kommen», mahnt der bürgerliche Politiker. Es dürfe nicht sein, dass dann unter dem Strich mehr Leistungen nachgefragt würden und sich dadurch die Gesundheitskosten weiter erhöhten. Ziel müsse vielmehr sein, die Ärzteschaft zu entlasten, sagt Frehner.

Initiant Rudolf Joder erwartet durch seinen Vorstoss keine Mengenausweitung: «Wir wollen ja keine neuen Leistungen schaffen, sondern nur bei den bestehenden Leistungen einen Bereich mit mehr Verantwortung für die Pflege definieren.» Ganz im Gegenteil: Die neue Regelung dürfte laut Joder gar zur Kosteneffizienz beitragen. Die heute obligatorische ärztliche Anordnung pflegerischer Leistungen verursache teils unnötigen Mehraufwand. In der langlebigen Gesellschaft werde Pflege an Bedeutung gewinnen, ist Joder überzeugt. Pflege nehme auch soziale Funktionen wahr, weil immer mehr Menschen allein lebten. SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi hofft, dass das Parlament die Verantwortung der Pflege anerkennen wird. In einem Beruf, der Handlungs- und Entscheidungsspielräume biete, sei es einfacher, Nachwuchs zu rekrutieren. Zudem könne so der hohen Ausstiegsquote in der Pflege entgegengewirkt werden: «Qualifizierte Pflegefachpersonen würden länger im Beruf bleiben.» All dies, bilanziert Yvonne Ribi, könnte den Pflegepersonalmangel in der Schweiz entschärfen helfen.

SBK – der Berufsverband der Pflegefachpersonen

Der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) ist der repräsentative Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen. Mit rund 26'000 Mitgliedern ist er eine der grössten Berufsorganisationen im Gesundheitswesen.